

ARGUMENTATIONSHILFE

Öffentlich geförderte Beschäftigung

DIE LINKE.

THEMA

ÖFFENTLICH GEFÖRDERTE BESCHÄFTIGUNG SCHAFFEN UND FÜR GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN SORGEN

Über 3,3 Millionen Menschen waren im Juli ohne Job, wenn man Erwerbslose über 58, in Weiterbildung oder Kranke mitzählt. Mehr als 1 Million waren langzeitarbeitslos. Gleichzeitig nehmen die Arbeitsbelastung und der Stress bei der Arbeit seit Jahren zu. Nicht alle können da mithalten. Und schon logisch können nicht alle »überdurchschnittlich« leistungsfähig sein, was Unternehmen immer häufiger erwarten.

Die Politik muss den Arbeitsmarkt so regeln, dass Menschen die Arbeitsanforderungen dauerhaft erfüllen können. Betriebs- und Personalräte brauchen ein Mitbestimmungsrecht bei der Personalbemessung, bei der Prävention von Belastungen und bei der Arbeitsorganisation. Eine gesetzliche Anti-Stress-Verordnung muss den Betrieben klare Vorgaben machen. Und die Beschäftigungsquote für Menschen mit Behinderung muss endlich durchgesetzt werden, statt dass sich Unternehmen mit Ausgleichsabgaben und Sonderregelungen davor drücken können.

Für diejenigen die trotzdem durchs Raster fallen, wollen wir einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor schaffen – mit existenzsichernden, sozialversicherungspflichtigen und tariflich geregelten Arbeitsplätzen. Sie müssen freiwillig sein und dürfen keine reguläre Beschäftigung ersetzen. Das kann z.B. in Stadtteilzentren oder Kulturprojekten sein.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** will »den sozialen Arbeitsmarkt ausbauen und weiterentwickeln und weiterhin Arbeitgeber mit Lohnkostenzuschüssen unterstützen, die Langzeitarbeitslose sozialversicherungspflichtig einstellen«.

Die Grünen wollen »für Menschen, die lange arbeitslos sind, einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt schaffen, der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.«

Die **FDP** will, dass »Gelder, die Leistungsempfänger erhalten, in Lohnkostenzuschüsse für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz umgewandelt werden können.« **Union** und **AfD** sagen nichts dazu.

LINKE Gegenargumente

Es kann nicht sein, dass Unternehmen die Arbeitsbelastung der Beschäftigten immer weiter hochschrauben und erwarten, dass der Staat ihnen die Löhne bezuschusst, wenn Beschäftigte nicht genügend Profite versprechen. Wenn Beschäftigung öffentlich finanziert wird, muss klar sein, dass es gemeinnützige Tätigkeiten sind, und nicht die Profite von Unternehmen subventioniert werden indem der Staat die Löhne zahlt.